

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **57 (1977-1978)**

Heft 8

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ZUR ZIVILDIENTSTPROBLEMATIK IN DER SCHWEIZ

Der am 4. Mai 1977 erfolgte Beschluss des Nationalrates, sich dem eindeutigeren Entscheid des Ständerates anzuschliessen und die bundesrätliche «Botschaft über die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes» vom 21. Juni 1976 anzunehmen, bedeutet für die Zivildienstproblematik in der Schweiz eine wichtige Zäsur. Die Weichen für die Ende 1977 oder anfangs 1978 zu erwartende eidg. Volksabstimmung dürften damit gestellt sein.

Die auch im NR so heftig angefochtene Teilung des Gewissens (welche bereits 1972, aufgrund sorgfältiger Prüfung durch ein Gremium von Theologen, Philosophen und Juristen entstandenen und vom Sozialethischen Institut des Schweiz. Evang. Kirchenbundes publizierten Berichtes als unzulässig, weil unmöglich erklärt worden ist) wurde jedoch, und zwar aus politischen – und vielleicht auch praktischen – Erwägungen, schliesslich beibehalten. So wurde die Möglichkeit, der Heimat auch mit einem zivilen Dienst zu dienen, für viele Jahre verbaut. Es ist kaum denkbar, dass in der erwähnten Volksabstimmung der bundesrätliche, nun auch von beiden eidg. Räten befürwortete Antrag eine Mehrheit von Volk und Ständen finden werde. Dies deswegen, weil zu den zahlreichen bisherigen Gegnern wohl auch die Gruppe von Menschen, welche seinerzeit die Münchener Initiative lancierte, treten und die Neinparole ausgeben wird; dazu ist anzunehmen, dass dies ebenfalls einige

Mitglieder der Schweiz. Zivildienstkonferenz tun werden. Inzwischen hat die Schweizerische Zivildienstkonferenz, der die verschiedensten Organisationen angehören, durch ein Communiqué vom 28. August 1977 bekannt gegeben, dass sie mehrheitlich die bundesrätliche Botschaft ablehnt. Wieder einmal dürften sich die «Alles-oder-nichts-Leute» mit den «Nichts-Leuten» im Nein vereinen. Andere dürften jedoch leere Stimmzettel einlegen.

Sollte aber in der Volksabstimmung der bundesrätliche Antrag doch angenommen werden, so könnten sich neue Schwierigkeiten daraus ergeben, dass, bei Fortführung der bisherigen Praxis der Divisionsgerichte, kaum mehr als 20 Prozent der den Militärdienst verweigernden jungen Schweizer – wahrscheinlich mehrheitlich Angehörige der Sekte von «Jehovas Zeugen» – zur Leistung eines zivilen Ersatzdienstes verurteilt würden. Daher bliebe praktisch das eigentliche Problem ungelöst. Auch aus organisatorischen Gründen könnte ein solcher Ersatzdienst diskreditiert werden (schwerfälliger Apparat für wenige Nutzniesser). Dazu kämen die unvermeidlichen Anfangsschwierigkeiten.

An dieser Stelle erlaube ich mir, eine sehr persönliche Bemerkung anzufügen: Seinerzeit war ich kein Militärdienstverweigerer und auch heute noch muss ich – leider – die Notwendigkeit eines bewaffneten Anteils der schweizerischen Landesverteidigung anerkennen. Stünde ich dennoch heute vor

einem Divisionsgericht, würde ich die Verweigerung nur militärischen Dienstes einzig mit staatspolitischen Argumenten untermauern und die Berufung auf ethische oder gar auf religiöse Motive bewusst vermeiden (da ich heute aber kein «unbeschriebenes Blatt» mehr bin, würde mich diese Argumentation allerdings vermutlich keine Gefängnisstrafe, sondern lediglich den Ausschluss aus der Armee kosten).

Nun deuten wiederholte Erklärungen schweizerischer Magistraten, aber auch die tägliche Praxis des Politischen Departements, der Handelsabteilung, der Exportindustrie, des Roten Kreuzes, der zahlreichen humanitären Hilfswerke, des neugeschaffenen Hilfskorps für Katastrophenhilfe im Ausland und viel anderes darauf hin, dass Bürger und Behörden der Schweiz wahrscheinlich mehrheitlich längst erkannt haben, dass Sicherheit und Wohlergehen jedes Landes – besonders des freiheitlichen Kleinstaates Schweiz – in erster Linie abhängig sind von Wohlergehen und Sicherheit seiner Nachbarn, wozu mehr denn je auch Völker anderer Kontinente gehören. Dazu kommt die weitere Erkenntnis, die angesichts von Arbeitsteilung, Wohlstand und Verstärkung heute leicht vergessen wird: dass Unabhängigkeit und Freiheit wiederum, besonders in einem Kleinstaat, nur erhalten werden können, wenn jeder darin lebende Bürger durch einen entsprechenden persönlich zu leistenden Dienst dazu ebenfalls beiträgt. Dies führt zur alten Forderung nach einer Allgemeinen Dienstpflicht, von welcher niemand befreit werden darf – schon gar nicht durch eine Geldzahlung. Die heute noch bestehende Militärpflichtersatzsteuer, die praktisch in vielen Fällen einem Loskaufen von einer Bürgerpflicht

gleichkommt, ist unwürdig. Eine totale Befreiung von der Dienstpflicht käme nur in ganz wenigen Fällen (hochgradig Debile) in Frage, und bei solchen, vom Schicksal schwergetroffenen Menschen wäre eine Geldzahlung zur Kompensation ihrer Dienstpflicht widersinnig. Dagegen könnte zum Beispiel ein Querschnittsgelähmter in einem Fahrstuhl gewisse Büroarbeiten, Telephondienst usw. gut leisten und wäre vielleicht sogar glücklich, für sein Land einen solchen Dienst erfüllen zu können.

Natürlich müssten die den Männern – nun endlich – zunehmend gleichgestellten Frauen auch in eine Allgemeine Dienstpflicht einbezogen werden. Dies jedoch erst in einem späteren Zeitpunkt.

Wohl ist der Bürger jetzt schon, unter Einsatz seines Lebens, jederzeit bereit, in Notzuständen, etwa bei entsetzten Naturgewalten, helfend einzuspringen, vor allem in den Bergen. Hier finden sich auch Wurzeln einer allgemeinen Dienstpflicht, welche in einigen, hauptsächlich bündnerischen Gemeinden auch heute noch die Form des Gemeinwerks hat. Heute sind diese Wurzeln aber weitgehend verschüttet. Die zur Wahrung von Unabhängigkeit, Freiheit und Wohlergehen notwendigen Massnahmen sind freilich verschiedenartig. So hätte daher auch die Allgemeine Dienstpflicht zu sein. Ihr militärischer Sektor müsste – leider – heute noch den grössten Anteil an Dienstpflichtigen beanspruchen.

Art. 48 BV, der Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert, müsste nicht mehr im Gegensatz zu Art. 18 BV stehen, sofern in letzterem an Stelle der Militärdienstpflicht eine Allgemeine Dienstpflicht (analog der Allgemeinen Schulpflicht) postuliert würde.

Im Gespräch mit Ausländern stösst man oft auf Verständnislosigkeit, dass ein freiheitliches und föderalistisches Land – die älteste Demokratie –, mit so vielen vorbildlichen Verwirklichungen des Minderheitenschutzes, den Zivildienst noch nicht kennt. Da wird einem bewusst, dass Art. 18 BV, in welchem die Allgemeine Militärdienstpflicht verankert ist, eine natürliche Folge jahrhundertalter Erfahrung ist, dass nur dann erhofft werden kann, die Existenz der Gemeinschaft in Unabhängigkeit und Freiheit zu sichern, wenn zumindest jeder ihrer männlichen Angehörigen bereit ist, nach der in seiner Stube hängenden Hellebarde

(heute ist es das im Estrich verstaute Sturmgewehr) zu greifen, falls ein Feind an der Grenze steht. 1848, als die erste Bundesverfassung geschaffen wurde, lebten noch Menschen, welche den Einfall der napoleonischen Heere in die Eidgenossenschaft erlebt hatten. Der heute nur noch als Sinnbild getragene Säbel der im Ring der appenzellischen Landsgemeinden stehenden Mannen ist aber in unserer Zeit noch gültiges Zeichen der Tatsache, dass in einem freiheitlichen Gemeinwesen Recht und Dienstpflicht zusammengehören.

Rodolfo Olgiate

EG, EFTA UND RGW – UNTER EINEM GEMEINSAMEN DACH?

«*Erst die nächste Generation ...*»

Mittelfristig beurteilen Fachleute in West und Ost die Aussichten eines aufgestockten Warenverkehrs nicht optimistisch; zu schweigen von industrieller Kooperation oder gar überwölbenden Rahmenverträgen zwischen dem sowjetisch-volksdemokratischen «Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe» (RGW/COMECON), EG und EFTA. «Erst die nächste Generation westlicher Manager wird mit dem RGW ernstlich zusammenarbeiten!» erklärte hierzu ein namhafter osteuropäischer Besucher der Vorbereitungsrunde für die Belgrader Folgekonferenz nach Helsinki. Es handelte sich selbstverständlich um eine private, nichtoffizielle Begutachtung. Tatsächlich lässt sich intensiverte Wirtschaftszusammenarbeit auch nur im Zeichen des entzerrten Wettbewerbs

und auf dem Hintergrund eines grosspolitischen Ausgleichs zwischen Ost und West erwarten.

Welche Ursachen haben nun diese Flaute im heutigen West-Osthandel und eine recht zurückhaltende Beurteilung der nahen Zukunft ausgelöst? Die Rohöl-Preisexplosion des Herbstes 1973 entlud sich in einer westlichen allgemeinen Wirtschaftskrise 1974/75 und schlug, mit einer gewissen Verzögerung, auf die RGW-Länder durch. Geringere westliche Ausfuhrorders an Osteuropa bewirkten eine Schrumpfung des Devisenaufkommens im RGW-Raum, Rückgänge im östlich-westlichen Güteraustausch bis zu 50 Prozent, Ausfuhröffensiven der Ratsländer bei gleichzeitiger Einfuhrdrosselung. Hinzu fügte sich eine kaum vorhersehbare, beschleunigte Verschuldung des RGW gegenüber dem Westen; für die meisten kleinen Mit-

gliedländer scheint die Obergrenze verantwortbaren Schuldenstandes erreicht. Das Fehlen authentischer Angaben von östlicher Seite und Vorhersagen für 1980 mit 80 bis 100 Mrd. US-Dollar geschätzter Devisenschulden bewirken jedenfalls, dass westliche Lieferanleihen in Milliardenhöhe für die kleinen Ratsländer derzeit kaum erwogen werden. Es ist eine zusätzliche Belastung dieser Beziehungen, dass *neue Formen* der Arbeitsteilung zwischen West und Ost, wie industrielle Kooperationen, gemeinsame Firmengründungen und Vertriebsgesellschaften, Drittlandgeschäfte mit Entwicklungsmärkten nach einem ersten Aufschwung ihre angekündigte Motorik und Breitenwirkung vermissen lassen. Regierungschefs, Ressortminister, Kammerfunktionäre in Ost und West werden zwar nicht müde, diese höher gestufte Zusammenarbeit zu rühmen – die unmittelbar Angesprochenen oder Betroffenen auf Firmenebene «zögern» damit, wie der Stellvertretende Aussenhandelsminister der CSSR, dipl. Ing. František Žurek, Ende Juni 1977 vermerkte. Keineswegs handelt es sich bei diesen Verzögerungen nur um westliche Unternehmen. Auch RGW-Betriebe wollen sich oft genug «keine Läuse in den Pelz» holen mit grenzüberschreitenden Verpflichtungen, mit festen Fristen, hoher Güteanforderung, disziplinbedingter Mehrleistung bei manchmal schwieriger Materialbeschaffung usw. Der Rückschlag ist aber auch ein Rückschritt: Das östlicherseits forcierte Gegengeschäft mit gebundenen Warengruppen oder Kompensation aus der anlaufenden Erzeugung verdrängt z. T. moderne und bewährte Handels- und Zahlungsausancen. Zuerst und zuletzt weiss der Westen grundsätzlich um den unbedingten *Ergänzungscharakter*

ter marktwirtschaftlicher Lieferungen in den COMECON-Raum. Zwischen 15 und 30 Prozent bewegt sich für die Ratsländer der Einfuhranteil aus dem Westen.

Moskauer Signale

Westhilfe zum beschleunigten Aufbau des Kommunismus! bedeutet nicht nur ein Schlagwort, sondern ist einsichtige Notwendigkeit. Zwanzig Jahre nach der Gründung am 25. Januar 1949 entwickelte der Rat ein Komplex-Programm; keinen Superplan, doch immerhin umfassende Rahmenbestimmungen für eine Integration. Den Begriff dieser freiwilligen Einfügung und Zusammenordnung hatte die RGW-Zentrale vom westlichen Europa übernommen, zugleich aber als «sozialistische Integration» mit dem Etikett einer «prinzipiell neuen Erscheinung» versehen (wie man übrigens in Jugoslawien die Bezeichnung «sozialistische Marktwirtschaft» kreiert hatte). Das späte Integrationsmodell des COMECON sollte wohl auch verhindern, dass sich zwischen Westeuropa und den kleinen RGW-Partnern unerwünscht engere Bindungen ergaben; damit aber eine «Dezentralisierung», die dem «demokratischen Zentralismus» des Ostens und dem Führungsstil des Kremls entgegenstand.

War Moskau bemüht, starren Bilateralismus und einen «isolierten Aufbau des Sozialismus» in den einzelnen Ländern durch ein neues Sonnensystem zu überwinden, sollte gleichzeitig der «offene Charakter» des RGW nachdrücklicher herausgestellt werden. Im Juli 1973 gab der damalige luxemburgische Aussenminister Gaston Thorn, nach

Rückkehr von einem Besuch in Moskau, den Wunsch der RGW-Spitze bekannt, mit den EG Fühlung aufzunehmen. Bereits am 27. August 1973 weilte RGW-Generalsekretär N. Fadejew zu einem ersten Kontaktgespräch in Kopenhagen. Am 5. Mai 1974 gaben die EG ihre Verhandlungsbereitschaft mit dem Rat bekannt. Am 25. September 1974 erhielt sodann der EG-Präsident Ortolí eine förmliche Einladung nach Moskau. Vom 5. bis 7. Februar 1975 weilte eine vorbereitende Abordnung der EG in der sowjetischen Hauptstadt. Am 11. März 1975 erfolgte die Dubliner EG-Erklärung, sich an der Schlussstagung von Helsinki im Juli zu beteiligen, sofern Helsinki «die Gewähr substantieller Ergebnisse bieten» werde. Nach einer knappen Jahresfrist, am 16. Februar 1976, übermittelte der Rat der EG einen Abkommens-Entwurf. Im Zeichen der EFTA-Tagung der Regierungschefs am 13. Mai 1977 in Wien wurde der Generalsekretär der EFTA, Charles Müller, ebenfalls zu einem Besuch des RGW-Sekretariats in Moskau eingeladen. Am 21. Juni 1977 beantwortete der EG-Ministerrat in Luxemburg ein Schreiben des Präsidenten des Exekutivausschusses des RGW, Kazimierz Olszewski, vom 18. April, das zu Gesprächen auf höchster Ebene eingeladen hatte. Der EG-Ministerrat erklärte sich bereit zu Gesprächen, die «der Vorbereitung von Verhandlungen über nichtvertragliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen» dienen sollten. Offiziell verlautete allerdings von beiden Seiten nichts über Einzelheiten.

Ab 1. Juli 1977 wurde in Westeuropa ein 16 Staaten und 300 Millionen Menschen umfassender Freihandelsmarkt mit Industrieprodukten für

EG und EFTA verwirklicht. Mit den Bestimmungen des GATT im Einklang stehende Interimsabkommen würden die Anwendung der bestehenden Freihandelsabkommen auf jene Länder, die sich um die Mitgliedschaft bei den EG bemühen, in harmonischer Weise vorbereiten. Zweifellos hat dieser Integrationsfortschritt das östliche Gesprächsanliegen verstärkt. Für engere Kontakte mit der EG-Kommission in Brüssel wird dem Ratssekretariat in Moskau allerdings überwiegend die juristische und handelspolitische Kompetenz bestritten. Noch fehlen ebenso planungstechnische und organisatorische Voraussetzungen für ein gemeinsames «Dach» der drei Wirtschaftsgruppen. So müssen die RGW-Mitglieder nach wie vor ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen, insbesondere mit den EG jeweils in eigener Regie ausbauen und verbessern. Zwei Tage nach der EG-Ministerratserklärung von Luxemburg, am 23. Juni 1977, bezeichnete das Schlusskommuniqué der XXXI. Rats-Sitzung der Ministerpräsidenten eine eventuelle «Grundsatzvereinbarung über eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zum beidseitigen Vorteil» mit den EG als «positiven Beitrag» zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und im Dienst der Entspannung in Europa. Bezogen auf die «kapitalistischen Länder» überhaupt, wurden angeregt «gesamteuropäische Kongresse» oder internationale Beratungen mit den Themen Umweltschutz, Verkehr, Energie (die Österreichs Bundeskanzler B. Kreisky bereits zwei Jahre vor L. I. Breschnev vorgeschlagen) sowie Konferenzen zur «Hintanhaltung von Versuchen der Diskriminierung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten».

Auf dieser Linie lag schliesslich ein «konstruktiver Meinungs austausch», den am 21. September 1977 der Präsident des Exekutivausschusses der RGW, der rumänische Vizepremier Mihail Marinescu in Brüssel mit dem Minister rats-Präsidenten der EG, dem belgischen Aussenminister A. Simone hatte. Für das Frühjahr 1978 wurde die Aufnahme von Verhandlungen EG-RGW vorge sehen.

«Internationales Labor besonderer Art»

So nannte Dr. A. Aleksejev in der «Pravda» (13. August 1971) den RGW der komplex programmierten «sozialistischen Integration». Ihre Perspektiven würden wohl drei bis vier Fünfjahrpläne, das heisst bis etwa 1990 erfordern. Sechs Jahre später erwog O. T. Bogomolov, Direktor des Instituts für Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in einem Rundtischgespräch zu Sofia («Probleme des Friedens und des Sozialismus» 5/77, S. 657f.), die von der XXX. Ratstagung 1976 beschlossene «Ausarbeitung langfristiger Zielprogramme» müsse «Engpässe und eine gewisse Beschränktheit der zweiseitigen Koordinierung der Fünfjahrpläne» überwinden. Er forderte «neue Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Investitionen, so dass die anfallenden Kosten gerecht auf die Länder verteilt werden». Es könne sich dabei um Formen der Zusammenarbeit handeln wie die «Koordinierung der nationalen Investitionsprogramme, die Schaffung miteinander verbundener Produktionskapazitäten in den einzelnen Mitgliedsländern, den Bau gemein-

samer Betriebe in den Ländern des RGW oder in Drittländern».

Planung ist also beständige Um-Planung, ohne die stets verkündete Absicherung gegen Krise, Wagnis, Wachstums- und Anpassungsschwierigkeiten aller Art. Im Gegenteil, es war die Ölkrise 1973, die durchschlug und Moskau seither erlaubte, die Zügel straffer zu ziehen. Trotz «sozialistischem Eigentum an den Produktionsmitteln», trotz übergeordneter Internationale der Bruderparteien kommen nun auf die Leitung des ausgedehntesten eurasiatischen Wirtschaftsraumes Probleme zu, die gesamteuropäischer, weltwirtschaftlicher Lösungen bedürfen. Mit jedem neuen Jahr erscheint die eigene staatssozialistische Integration und Gleichschaltung mit ihren jetzigen starren Methoden mehr und mehr in Frage gestellt. Wie sollte da die Inter-Integration zwischen Ost und West klappen? Zu heterogen sind die beiden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, so dass auch die heutigen Kontakte EG-EFTA-RGW Gespräche für über-übermorgen sind. Dennoch ist jetzt schon die Frage nach der wechselseitigen Anpassung der Systeme in der Richtung des Fortschrittes, der besseren Innovation, unternehmender Initiative und nicht im Sinne der Barter-Geschäfte, einer sowieso suspekten «Entwicklungshilfe» und dergleichen zu beantworten. Die westliche Wirtschaft mit ihrer Individuation und Elastizität hat sich in der Zusammenarbeit mit dem COMECON zweifellos ein Reifezeugnis verdient.

Unter Berücksichtigung des Zeitfaktors und beidseitigen Entwicklungsstandes ist daher auch «Korb 2» der unvermeidlichen Schlussakte von Helsinki für die gesamteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen der Zukunft so auszulegen:

Nicht bloss militärisch ist eine beidseitige ausgewogene Abrüstung notwendig, sondern ebenso der beidseitige ausgewogene Abbau von Handelshemmnissen. Die Vernichtung des Gegners, eine nuklear überschattete kriegerische Auseinandersetzung sind heute keine Motivierung mehr für menschliches Handeln. Daraus folgert aber, dass der «Rat» marktwirtschaftliche Wirtschaftsgruppen nicht gleichzeitig als gehassten «Klassenfeind» und Partner oder Konkurrenten einstufen darf. Präsident Valéry Giscard d'Estaing hat offenbar aus dieser Sicht einer ideologischen Koexistenz das Wort geredet. Mit und ohne Helsinki wird es überdies noch mancher wirtschaftspoliti-

scher Pioniertat und wacher, geduldiger Aufmerksamkeit bedürfen, bis in den achtziger Jahren die ersten Ergebnisse verbesserter Information, direkter Marktbearbeitung im Osten, mittel- und langfristiger Kooperationen vorliegen. Gerade die jüngsten Jahre mahnen EG- und EFTA-Partner bis zur Einzelfirma an Konsens und Einigkeit. Eine nur mühsam vorgestellte westliche Solidarität wäre für den RGW und ausser-europäische Partner kein Ansporn zur Respektierung der «Realität der EWG» (Breschnev), geschweige zur schrittweisen Verständigung und Zusammenarbeit.

Otto Rudolf Liess

BRIEF AUS DEM COLLEGE

Feierlicher Auftritt eines arabischen Ölministers in unserer Bibliothek, Wiederholung in gewissem Sinn des umstrittenen Empfangs für Prinzessin Pahlavi vor zwei Jahren (vgl. die Glosse vom Februar 1976). Nur ist das Ganze jetzt stiller, vornehmer, unheimlicher. In der Nähe des gewichtigen Mannes stehen vier Leibwächter, diesmal keine Scherengestalten, sondern freundlich und seriös wirkende Männer, denen man kein hartes Zuschlagen zutraut. Einer soll aus altem englischen Adel stammen. Die stellvertretende Präsidentin, Mary Patterson McPherson, umgeben von sonntäglich gekleideten Vertretern der Administration, führt die Gruppe zu unseren wertvollsten Bibliothekbeständen, den Inkunabeln, alten Handschriften und Briefkollektionen. Der Vertreter einer Weltwirtschaftsmacht besucht ein kleines Quäkercollege – das ist doch

eine vollkommen andere Situation, als wenn in der Schweiz an einer Hoch- oder Mittelschule der Repräsentant einer Grossmacht zu sehen ist oder der Sohn des Fürsten von Liechtenstein sich als Student eingeschrieben hat. Das Verhältnis von Macht und Ohnmacht, von Gross und Klein, von Herrn und Knecht in Amerika ist gespannt.

In feiertäglich entspannter Atmosphäre sind die Begegnungen um so freundlicher, scheint mir. Pat McPherson, vielbewundert in ganz Amerika wegen ihrer enormen Leistungen in noch jungen Jahren, lädt anlässlich der Pensionierung Agi Jambors einige Freunde zum Abendessen ein. Agi ist Ungarin, war Schülerin Edwin Fischers, seinerzeit berühmte Bach-Interpreten, Freundin Albrecht Haushofers (sie besitzt noch eine Komposition des Dichters), zeitweilig Gattin eines berühmten

Filmstars. In den schönen Räumlichkeiten, die Pat vom College gemietet hat, werden allerlei Köstlichkeiten kredenz: ein ausserordentlicher Salm, ein Riesenbraten, Zutaten und vorzüglicher Wein. Der Dekan der School of Social Work and Social Research sitzt in der Nähe meines Stuhls auf dem Boden, wie es hier ja auch bei festlichen Anlässen üblich ist, beginnt, weil alle andern so vertieft im Gespräch und so froh beim Essen sind, sich als Kellner nützlich zu machen. Die Serviette elegant über den Arm geschlagen, bringt er mir Kaffee, fragt, weil er selbst merkt, dass die Mischung nicht ganz *commil-faut* ist, ob er noch mehr Sahne bringen soll. Natürlich ist das teils Theater, teils Ironisierung seiner gewichtigen Stellung. Ich verspreche auch rasch, ihn als Oberkellner eines Schweizer Gasthofs vorzuschlagen. Kurz vorher hat Pat, die den ganzen Abend arrangierte und seit einigen Monaten den Buckel voll hat von schwierigsten Schulproblemen, gemerkt, dass jemand ohne Wein dasitzt, und bringt das Glas. Nach dem Essen hört man sich im Hauptraum eine Reihe von Produktionen an: Pat, strahlend wie immer, singt und rezitiert ihre und fremde Verse zu Agis ethnologischen Musikkursen; eine Vertreterin der Anthropologieabteilung orientiert über Agis Beiträge in dieser Abteilung, die Zimmermanns (sie Koreanerin) bringen mit Klarinette und Auto-Harp eine Kalypso-Variation, Howard Kee, der Theologe, spielt auf dem Klavier ein imaginäres Stück, das, weil Töne zu fehlen scheinen, furchtbar lustig klingt.

Daneben im Alltag die trotz starken Gewerkschaften recht altmodischen sozialen Beziehungen. Wenn Leistungen nicht mehr genügen, wird bedenkenlos

gekündigt; die Scharen der Bediensteten nehmen sich in einem College oft knechtisch aus. Schillers Satz im «Fiesko» (III, 4) «Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; der Mohr kann gehen» hat zwar – verständlicherweise! – kein englisches Pendant. Die benachbarte University of Pennsylvania, der Riesen-Privatbetrieb in Philadelphia, ist in dieser Hinsicht, besonders bei jungen Leuten, ausserordentlich resolut, Bryn Mawr vorläufig noch vergleichsweise nachsichtig; am offensichtlichsten in bezug auf all die Gärtner, Wachtleute, Putzer, Hilfskräfte. Die «Ground-Crew» besteht aus mehr als hundert meist älteren, mehrheitlich schwarzen Männern und Frauen, die in den Schulgebäuden, den Dormitories, in der Bibliothek, auf dem Campus, im Krankenhaus, im Postgebäude usw. beschäftigt sind. Mein Büro putzt Willie, der kleine, liebenswürdige Neger. Wie er einmal auf dem Pult mein Schweizer Soldatenmesser sieht, interessiert er sich dafür brennend; er möchte es mir für teures Geld abkaufen. So schenke ich es ihm natürlich. Seither strahlt er mich bei jeder Begegnung an, überflutet mich mit unverständlichen Dialektausdrücken, was meinerseits zu ihm unverständlichen allemannisch-englischen Antworten führt – er ist schwerhörig –, und wir finden uns jeweils, nach den üblichen «What a wonderful day» in vielen «Okay», «Okay», «Okay». Natürlich ist er bei allen Weissen der gehätschelte «Willie», und niemand würde ihn Mr. Brunson nennen, auch die progressivsten Kollegen nicht – in diesem amerikanischen Melting-pot mit den vielen virulenten Rassenvorurteilen.

Bei aller Sympathie für Willie und seine Kollegen, die meist mit Cadillacs aus den Slums von Philadelphia an den

Arbeitsort angefahren kommen oder hergeführt werden, oder für ihren Vorgesetzten, auch er ein Neger, der in tadelloser Kleidung und hocherhobenen Hauptes seine Rundgänge durch die Gefilde des College zu machen pflegt, ähnlich wie vermutlich einstmals die Sklavenaufseher dahergeschritten kamen, denke ich manchmal nicht ohne Sehnsucht an die Schweizer Abwärts zurück. Ich bin an Hoch-, Mittel- und Sekundarschulen den verschiedensten Vertretern begegnet und habe rückblickend das Gefühl, dass sie das schweizerische pädagogische Klima stärker mitbestimmen als manche graue Theorie. Da war der barsche Pedant, der die Schüler bei der kleinsten Unregelmäßigkeit oder einer harmlosen Übermutsbezeugung abkanzelte und stolz darauf war, selbst die Lehrkräfte, oft einschliesslich Rektor, im Zügel zu haben; da war andererseits der freundliche Helfer, der einfach das ganze Schulgebäude sauber halten wollte; dort der ruhige «Unbestechliche», der wie Hofmannsthal's Theodor im Wirrwarr des lauten Betriebs die Dinge jeweils ins reine brachte. Natürlich war der penetrant pädagogische Ton wie überall im helvetischen Erziehungswesen selten zu überhören, und man vermisste wohl bisweilen das bisschen Idyllik, das auf dem amerikanischen Campus trotz strengster akademischer Verpflichtungen stets zu spüren ist. Da las kein Texaner, wohl ausgestreckt am schattigen Plätzchen, seinen Plato. Ich werde das Zugeständnis der klugen Kalifornierin nie vergessen; sie meinte, nach einem Stossseufzer über die grässlichen Examen und den Leistungsdruck überhaupt: «Die Menschen und Bäume in Bryn Mawr sind doch immer lebenswert!»

Ein Schweizer Abwart aber ist nir-

gends zu finden. Sein praktisches Verantwortungsgefühl, sein Arbeitswille, sein Gespür, dass Bildung nur in sauberen Räumlichkeiten möglich ist, macht ihn oft zum guten Geist einer Schule. Selten zum aufsässigen Plaggeist. Wie er einen Neuling empfängt, den Fremden berät, die Mitarbeitenden führt, kann vorbildlich sein. «Abwart», schriftdeutsch «Pedell», «Hausmeister» oder allenfalls «Hauswart», nötigt uns schon ausdrucks-mässig zu besonderen, vielleicht etwas altmodischen Vorstellungen. Bei Wilhelm Raabe bedeutet das Wort «abwarten» noch pflegen, und «Abwartung» wurde früher im entsprechenden Sinn gebraucht. Englisch «Janitor» oder «Porter» weist demgegenüber auf Türhüter im eigentlichen oder übertragenen Sinn; man denkt unwillkürlich an geborene Diener im Gegensatz zum ursprünglich ja stolz gemeinten Ausdruck «Wart» (gotisch waren damit noch Wächter und Hüter gemeint). Literarisch ist die Figur des Abwärts bisher erstaunlich selten in Erscheinung getreten. Herr Moser, der mürrisch-weise, gestrenge, aber doch ausserordentlich sympathische Aarauer, den Otto Wirz im Roman «Rebellen und Geister» so köstlich mit dem Schüler Konrad Fuchslin parlieren lässt, und zwar vor und nach der Arreststunde, bildet eine wichtige Ausnahme. Ebenfalls Hausmeister Birgeler in Bölls Erzählung «Wanderer, kommst du nach Spa...»: ein frommer Pfleger in Feuerwehruniform, der dem Verwundeten zu trinken gibt und den Unwillen gegen die Bildungsmasken des deutschen Obergymnasiums vergessen lässt.

Im amerikanischen College sind Alphabetentum und hochgezüchtete Geistigkeit oft allzu nah beieinander.

Die Compartmentalization ist weitverbreitet. Dem entspricht in der Ausbildung, wie wir in einem amerikanisch-europäischen Schulgespräch einmal feststellen, die schon in der Highschool übliche Freiheit zu eigenwilliger Spezialisierung. Man geht in jungen Jahren voller Begeisterung seinen Privatprojekten nach und wird nie in die in unseren Mittelschulen immer noch übliche Zwangsjacke einer einigermassen normierten Allgemeinbildung gesteckt. Darum die ungebrochene Fröhlichkeit vieler junger Amerikaner im Gymnasialalter. Weil man das Vergnügen am eigensten Interessensgebiet schon so früh erlebt, wird die Gefahr kleiner, sich gleichsam aus Altersschwäche zu spezialisieren. Im Englischen gibt es bezeichnenderweise keinen Ausdruck für Fachidiotentum; man begnügt sich mit einem Annäherungs-Ausdruck: der umgangssprachlichen Wendung «shop-talk», einer Wendung, die natürlich viel gemütlichere Assoziationen mit sich führt als das deutsche Wort, die einer besonderen Spezereiladen-Sprache.

In unserer Diskussion wirft aber ein junger Schweizer ein, Mangel an Allgemeinbildung verunmögliche politische Urteilsfähigkeit, wie sie unsere direkte

Demokratie voraussetze. Jedes Land braucht bestimmt das Erziehungssystem, das nicht nur der Mentalität der Bevölkerung im allgemeinen, sondern auch seinen politischen Prinzipien im besonderen entspricht. Eine Binsenwahrheit, gewiss, aber sie ist es wert, immer wieder neu überdacht zu werden.

Verführt Allgemeinbildung – Stefan George hat sie einmal glänzend verspottet – manchen Europäer zu Klischeevorstellungen? Der Vorwurf wurde mir von Amerikanern, denen ich meine Glossen zu den Welten von hüben und drüben zur Kritik übergab, mehr als einmal gemacht. Die Europäer schubladisierten so gern. In der Tat kann ich mir keine Pendants zu den unzähligen Vademecums im Stil von «How do you like America?» oder den Schablonisierungen wie «Museum des Hasses» und «Sätze aus Amerika» vorstellen. In einem informationsreichen, in Hawaii geschriebenen Buch von Manfred Henningsen steht einleitend die Behauptung, der europäischen Fixierung auf Amerika entspreche eine amerikanische Gleichgültigkeit gegenüber europäischen Verhältnissen.

Hans Bänziger

DER LANGE TOD DES GENERALISSIMUS

«Die Frist» von Dürrenmatt

Dürrenmatt hält es neuerdings für Zeitverschwendung, an der Inszenierung seines Werks mitzuwirken. Er schreibe nur noch, übergebe das Manuskript dem Druck und überlasse es den Theaterleuten, wie man es machen soll. Als Autor, sagt er, wäre man am besten ge-

storben. Der Regisseur sei dann frei, und der Tote müsse sich nicht mehr ärgern. Da spielen einerseits natürlich Enttäuschungen mit, andererseits aber auch Konsequenzen der Arbeitsökonomie des Schriftstellers, der seine Kräfte nicht verschleudern will. Die Urauffüh-

rung seiner Komödie *Die Frist* im Schauspielhaus Zürich, der zwei Wochen später diejenige am Basler Theater folgte, hat er gar nicht besucht. Dadurch ist ihm – in Zürich wenigstens – eine ganz neue Sensation bei der Aufnahme eines seiner Stücke durch das Premierenpublikum entgangen. Er ist, als junger Mann, in Zürich ausgepiffen worden, und als er sich als eigenwilliger Regisseur versuchte, hat er Buhrufe geerntet. Unzählige Male gab es Begeisterungstürme, wenn eines seiner Werke zum erstenmal über die Bühne ging. Er kennt sowohl den Triumph wie den Skandal. Aber was sich nach der Uraufführung seiner neusten Komödie abspielte, wäre für ihn wohl doch eine neue Erfahrung gewesen: lauer, höflicher Beifall, etwas dünn im grossen Raum des Corso-Theaters, wenig Vorhänge nur, Zuschauer, die wortlos zur Garderobe strebten. Ein Kritiker meinte, das Stück sei nicht durchgefallen, aber durchgesunken ...

Es gibt an dieser Feststellung nichts zu rütteln, und dennoch irritiert die Tatsache selbst. Wer vor der Aufführung das Buch gelesen hatte, erwartete stärkere Wirkungen, und dass im Theater weder Entrüstung und Widerstand noch Zustimmung und eine Art von grimmiger Heiterkeit zu spüren waren, gibt nachträglich Fragen auf. Hat die Inszenierung versagt? Oder sind die Spässe mit Staatsmacht, Medizin, Kirche, hohen Herrschaften und alten Vetteln, die sich in der Komödie *Die Frist* ablösen, am Ende so tragfähig nicht, wie es beim Lesen immerhin möglich schien? Ein Dürrenmatt wie in seiner ersten Zeit, könnte man sagen. Sind wir vielleicht nicht mehr in gleicher Weise wie vor zwanzig oder dreissig Jahren bereit, dem Autor zu folgen, wenn er das Gräss-

liche ästhetisiert? Was man seinerzeit als «kabarettistisches Theater» bewunderte oder leidenschaftlich ablehnte, ist offensichtlich nicht mehr die Sprache der Zeit und befremdet. Die Frage ist allein, ob daraus noch jene Irritation zu gewinnen sei, von der das Theater lebt. Die laue Aufnahme der *Frist* in Zürich hinterlässt Zweifel.

Der Generalissimus, der das Land seit vierzig Jahren regiert hat, liegt im Sterben. Das Machtvakuum, das nach seinem Tode droht, zwingt die Stützen des Regimes, das Ableben des Diktators so lange wie möglich hinauszuzögern. Sie brauchen eine Frist. Folglich hat man im Regierungspalast, dem alten Thronsaal benachbart, eine Intensivstation eingerichtet, in der sich an die dreissig Ärzte um den Sterbenden bemühen. Ein Heer von Krankenschwestern ist aufgeboten, das Fernsehen überträgt die letzten Phasen des Todeskampfes live, dazwischen allerdings auch ein Europa-Cupspiel, für das sich die degenerierten Sprösslinge und vor allem der Prinzgemahl der alten Monarchie weit mehr interessieren als für das Sterben des Generalissimus. Natürlich denkt man an Franco, und ausserdem sind da auch andere aktuelle Vorkommnisse oder Zustände in ein phantastisches Konzept mit einbezogen: der Fall Hämmerli und die Frage der Sterbehilfe, die Omnipräsenz des Fernsehens auch da, wo es um die letzten Dinge geht, der Feminismus in Dürrenmattisch verzerrter Form, nämlich als Travestie auf «Faust II» sowohl wie auf die dumpfe Welt des Pornofilms, – man muss sich fragen, wie er dazu kommt. Ein wahres *mixtum compositum* liegt da vor, keineswegs ein einleisig etwa die Perversion politischer Strukturen aufzeigendes Bühnenwerk,

eher schon ein phantastisches Spiel vom Untergang. Dem Leser des gedruckten Textes prägen sich weniger die unsichtbar im Hintergrund ablaufenden Vorgänge am Totenbett als vielmehr die absurden Reaktionen ein, die diese Vorgänge bei den Überlebenden auslösen.

Damit ist ein Stichwort gefallen. Im Personal der Komödie gibt es nämlich nicht nur die Würdenträger, die ihren Kampf ums Überleben führen, indem sie frühzeitig und emsig die Weichen stellen für die Zeit danach, Intrigen spinnen und Gegenspieler ausmanövrieren. Übrigens hat *Kazimierz Dejmek*, der polnische Regisseur der Zürcher Uraufführung, einen Nebenzweig dieser Kombinationen, die Figur des Studenten und die Funktion, die er und seine Freundin Silvia im Spiel um die Macht hätten, in seiner Bühneneinrichtung des Stücks weggelassen. Und wenn das zwar verwundert, weil hier immerhin die naive Vorstellung einer besseren Welt aufscheint, so muss man doch auch erkennen, dass ja diese Spekulationen um politische Gestaltungen nach dem Tod des Generalissimus ohnehin mit allzu flüchtiger und leichter Hand vom Autor hingesetzt sind. Dass gar Goldbaum, der Gegenspieler des Ministerpräsidenten, der Oppositionelle aus der Position des Intellektuellen heraus, der sich weigert, mitzumachen, in diesem Schachspiel als Vizepräsident und – nach der Ermordung des Ministerpräsidenten – als Präsident vorgesehen ist, unterstreicht nur den oberflächlichen Zug dieser Seite des Stücks. Eine Haupt- und Staatsaktion ist es nicht. Aber es gibt im Personal der Komödie eben nicht nur die Macher, die Politiker, Schmarotzer, Ärzte (von denen einer als KZ-Arzt entlarvt wird) und einen Geheimdienst (dessen Chef als KZ-Kom-

mandant überführt wird); es gibt da auch die Gruppe der Unsterblichen, in verschlissenes Barock gekleidete Weiber, deren ältestes hundertfünfzig und deren jüngste auch schon über achtzig Jahre alt sind. Es sind die Mütter und die Tanten der im männlichen Zweig ausgestorbenen Dynastie des Generalissimus, lemurenhafte Wesen, die von Gouvernanten bewacht werden und dennoch plötzlich aus den Ritzen und Höhlen des Palastes hervorkriechen und die Szene auf einmal beherrschen. Einige der Gouvernanten werden von ihnen im Lauf des Abends zu Tode getrampelt. Was bedeuten sie? Bei der Lektüre denkt man an eine travestierte Erscheinungsform dessen, was bei Goethe die Mütter sind. Nach Dürrenmatts Selbstkommentar, der diese Deutung nicht ausschliesst, sind sie ausserdem, in fratzenhafter Hässlichkeit, im gespenstischen Kollektiv die Frau als Opfer der Männer, eine Gruppe rächender Ungeheuer. Ihre Obszönität, ihre Herkunft vom Pornofilm, entspricht der Obszönität des technisierten Sterbens in der Intensivstation von nebenan.

Dass schliesslich die Kirche, vertreten durch den Kardinal und den Erzbischof, fürs Fernsehen jedoch zusätzlich gemimt durch den schwulen Schauspieler Nostromanni, der einmal die Rolle des Kardinals und einmal die des Erzbischofs spielt, in diesem grotesken Totentanz nicht fehlen darf, versteht sich bei Dürrenmatt. Und alle, die Staatsminister und die Ärzte, die Politiker, der Adel und die Fernsehleute erweisen sich in der Stunde der Wahrheit, die durch das Sterben des Generalissimus anbricht, als unecht, als auswechselbare Schemen und nichtiges Gewürm. Sie bestehen die Prüfung nicht. Mit einer Ausnahme: Goldbaum, einer,

der die Hölle des Konzentrationslagers überlebt und seine Peiniger längst vergessen hat. Er ist Arzt, doppelter Nobelpreisträger und der grosse Oppositionelle im Land. Dass – ein weiterer Aktualitätsbezug – Sacharow dieser Figur als Vorbild diene, ist offensichtlich. Er führt die bescheidene Existenz eines Landarztes und geisselt von da aus in Pressekonferenzen das Unrecht und die Gewalt im Staate. Sein internationales Ansehen schützt ihn vor der Verhaftung. Auch Goldbaum, vom Geheimdienst immer beschattet, wird zwangsweise dem Ärzteteam zugesellt, in welchem – als chirurgische Koryphäe – sein Peiniger aus dem Konzentrationslager mitwirkt. Zwischen Goldbaum und der Exzellenz, dem Ministerpräsidenten, klingt das Mitmacher-Thema an, Dürrenmatts zentrales Motiv der letzten Jahre, das sich zurückverfolgen lässt bis in seine frühen Werke.

Es ist, möchte man zusammenfassend sagen, alles da, was die charakteristische, eigenbrötlerische Phantasie des Friedrich Dürrenmatt immer schon ausgezeichnet hat und was ihm den Ruhm eines unabhängigen, wahrhaft freien Denkers und Spielers in meist apokalyptischen Visionen eingetragen hat, von denen *Die Frist* nun die allerneueste ist. Allein, das Stück liess sein erstes Publikum kalt oder ratlos oder gar gelangweilt. Dejmeks Inszenierung ist möglicherweise zu brav; der Regisseur wagt nicht, das Groteske und Ungeheuerliche herauszustreichen, sondern ästhetisiert es noch einmal. Seine Gruppenszenen mit den Unsterblichen geraten wie das Bild eines alten Meisters, Goldbrokat vor dunklem Hintergrund. Sein Ausstatter *Andrzej Majewski* bleibt im Bühnenbild und in den

Kostümen zweifellos hinter den allerdings schwer zu realisierenden Vorstellungen Dürrenmatts zurück, die verlangen, dass sich das Ganze in einem Raum abspiele, der den Räumen Piranesis nachempfunden ist. Möglich, dass sich die Theaterleute zurückbinden liessen durch des Dramatikers Wort: «*Man inszeniere mich auf die Natur hin. Von der Charge weg! Nichts schadet meinen Komödien, die als bewusste Bühnenwirklichkeiten an sich verfremdet sind, mehr, als sie durch die Inszenierung noch einmal zu verfremden. Meine Stücke brauchen nicht unterstrichen zu werden.*» Dejmek und Majewski haben wahrlich nicht unterstrichen, sie haben gedämpft, con sordino spielen lassen. Und das bekommt Dürrenmatts Theater noch viel weniger. Vollends in einem Raum wie dem Corso-Theater muss man sich schon fragen, was man sich denn von einem Dürrenmatt versprochen hat, den man als Kammerstück und nicht als Riesenspektakel aufgezogen hat. Zugegeben, es ist auch dann noch fraglich, ob *Die Frist* funktioniere. Einen langen Abend lang, das ist die Situation für den Zuschauer, wartet man auf der Bühne auf das Ableben des Generalissimus, man zögert es mit allen Mitteln einer technisierten Medizin hinaus, aber man weiss, dass es unabwendbar ist. Die Folge ist, dass man im Zuschauerraum schliesslich nur noch auf das Ende des Stücks wartet.

In der Konzeption dieser Inszenierung standen die Schauspieler auf wankendem Boden. Natürlich, der Autor bietet ihnen Pointen an, sein Dialog ist farbiger und saftiger als noch vor kurzem, im *Mitmacher* etwa, er gibt Situationen, aus denen sich Witz heraus schlagen lässt. Manchmal ist es da, dieses satirische Knistern und Knattern,

aber eher nur sporadisch. Ich kann nur sagen, dass die rund dreissig namentlich aufgeführten Akteure und das Heer der Statisten, die aufgeboten waren, sich redlich um das Stück bemüht haben. An Dejmeks soignierter Zurückhaltung liegt es zweifellos, dass Dürrenmatts neue Komödie nicht beisst. Aber das allein ist es nicht. Er hat zuviel in sie verpackt, banale Aktualität und letzte Fragen gewissermassen, ein Verwirrspiel, das seine möglichen Wirkungen selber abbremst oder aufhebt.

Am deutlichsten scheint mir das im makaberen Chor der Unsterblichen sichtbar. Worauf er zielt, ist nicht nur in Dejmeks Inszenierung unklar, sondern im Text selbst. Wenn hier Unsterblichkeit als animalisches Überleben vorgeführt wird, ohne Transzendenz, die böseste Travestie von Unsterblichkeit also, – was soll dann der travestierte Kampf der Geschlechter? Und vollends: Was soll die Parodie auf Goethe? Dergleichen löst ja längst nicht mehr die Empörung aus, die den Bildungsbürger von den Sitzen jagen müsste. Man ist bereit zu fragen und der Sache auf den Grund zu gehen. Aber welchen Grund? Die Chorführerin Rosagrande spricht den gereimten Epilog, jenen an den Schluss von «Faust II» scheppernd anklingenden Text, in welchem es ganz zuletzt heisst:

*Was nicht mehr ist, war nur Ereignis,
Was nicht mehr wird, allein ein
Gleichnis,*

*Das Weibliche, es hat zum Ziele
Die Ewigkeit und das Sterile.*

Seit *Frank V.* weiss man es, Verse sind Dürrenmatts Stärke gerade nicht. Auch in diesem neusten Stück sind die Szenen der Unsterblichen da, wo sie nicht als grotesk-unheimliche, undurchschaubare Bildphantasie an und für sich wirken, sondern – wie im Epilog – der Satire tiefere Bedeutung in Versen artikulieren möchten, weitgehend hilflos. Halten wir uns an die Beharrlichkeit und die unerschöpfliche Phantasie, mit der sich Friedrich Dürrenmatt unentwegt ans Werk macht, auf seiner Bühne mit der Unwirklichkeit der heutigen Welt Schritt zu halten, immer der Tatsache bewusst, dass – was immer auch die Bühne an Unwirklichkeiten erfinden möge – die Wirklichkeit die Bühne überhole. Die Komödie *Die Frist* bezeichnet auf dem Theater Dürrenmatts Rückkehr zu ihm gemässen Theaterformen, das ist – trotz den Erfahrungen mit dieser Uraufführung – durchaus positiv zu bewerten. Wäre freilich, was hier vor der internationalen Kritik in Szene ging, von einem debütierenden Dramatiker verfasst worden, man wäre so schonungsvoll wohl kaum mit ihm verfahren. Friedrich Luft schrieb, es bleibe «*eine begabte Wirrnis*». Für einen Autor, der bereits ein umfangreiches Lebenswerk vorzuweisen hat, ein höchst zweifelhaftes Lob.

Anton Krättli